Vor allem kommt es darauf an, die tatsächliche Realisierung aller auf die Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften fruchtbaren ökonomischen Zusammenarbeit gerichteten Empfehlungen und Vereinbarungen durchzusetzen, die durch kollektive Anstrengungen der Staaten erarbeitet wurden und ihre Widerspiegelung in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, im Abschlußdokument der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz, das in Madrid angenommen wurde, sowie in der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten, in der Deklaration und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie in anderen Beschlüssen der UNO gefunden haben. Aus der Praxis des internationalen Zusammenlebens müssen jegliche Methoden der ökonomischen Aggression, wie Anwendung oder Androhung von Embargos, Boykott, einer Handels-, Kredit- oder technologischen Blockade, verbannt werden.

In den Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen Staaten ist es erforderlich, die Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der nationalen Interessen und des Rechts jedes Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, des gegenseitigen Vorteils, der Nichtdiskriminierung und der Meistbegünstigung strikt einzuhalten.

Die Mitgliedsländer des RGW treten konsequent dafür ein, daß wirksame Beschlüsse gefaßt und Aktivitäten ergriffen werden, die auf die Verhinderung jeglicher Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Gewährleistung einer störungsfreien internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die Beseitigung der Diskriminierung, der künstlichen Hindernisse und des nichtgleichberechtigten Austausches in den Handelsbeziehungen, die Herstellung eines gerechten, ökonomisch begründeten Verhältnisses zwischen den Preisen für Rohstoffe, Nahrungsmittel und Industriegüter sowie der Verstärkung der Kontrolle der Tätigkeit transnationaler Monopole gerichtet sind. Sie setzen sich für die Regelung der Währungs- und Finanzbeziehungen ein, wenden sich gegen die Hochzinspolitik und befürworten die Normalisierung der Bedingungen für die Gewährung und Ausreichung von Krediten, damit diese Bedingungen, vor allem angesichts der Verschuldung der Entwicklungsländer, nicht als Mittel des politischen Drucks und der Einmischung in innere Angelegenheiten mißbraucht werden können.

Die Beratungsteilnehmer bekräftigen nochmals die feste Absicht ihrer Länder, fruchtbare Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie wissenschaftlich-technische Beziehungen mit allen sozialistischen Ländern, Entwicklungsländern und entwickelten kapitalistischen Ländern zu entwickeln, die entsprechende Bereitschaft zeigen. Sie erachten es für zweckmäßig, diese Beziehungen vor allem auf der Grundlage langfristiger Programme und Abkommen auszu-